

PRESSEMITTEILUNG | 13. Februar 2020

Offener Brief an Sozialsenatorin Stahmann: „Queerpolitischer Beirat ist nur mit einer entsprechenden Haushaltsplanung sinnvoll.“

Im September 2019 beschlossen alle Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft die Einberufung eines queerpolitischen Beirats, der zur Umsetzung des 2015 verabschiedeten Landesaktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit beraten und berichten wird. Dessen erste Sitzung wird am 21. Februar stattfinden, in den Beirat berufen sind auch acht Vereine und Gruppen, um ihre jeweilige Expertise in den Beirat einzubringen.

Angesichts der noch bis Dienstag, den 18. Februar laufenden Haushaltsplanung der Ressorts und der Herausforderung, viele verschiedene Bedarfe und Maßnahmen für das Land Bremen aus weiterhin begrenzten Finanzmitteln zu realisieren, wenden sich nun zahlreiche Beiratsmitglieder und weitere Gruppen und Vereine, sowie queerpolitisch aktive Einzelpersonen in einem offenen Brief an Sozialsenatorin Anja Stahmann und die fünf Bürgerschaftsfraktionen. Darin begrüßen Sie die Absichtserklärung im Koalitionsvertrag, für die verstärkte Umsetzung des Landesaktionsplans eine Koordinierungsstelle im Sozialressort einzurichten. Auch das Einberufen des queerpolitischen Beirats wird als Zeichen ernsthafter Absichten gewertet. Da die Ressourcen in den Vereinen und Gruppen knapp sind – auch wegen der weiterhin nicht ausreichenden Finanzierung der Projekte und der wenigen hauptamtlichen Stellen – fordern die Unterzeichnenden, dass entsprechende Haushaltsmittel für die Koordinierungsstelle und für Maßnahmen des Landesaktionsplans in den Doppelhaushalt 2020/21 eingestellt werden.

So heißt es in dem Brief: „[Wir sehen] die Gefahr, dass der Beirat eine queerpolitische Aktivität nur formal darstellt, aber eine verstärkte Umsetzung konkreter Maßnahmen möglicherweise gar nicht realisiert wird. Dann gäbe es auch nichts zu beraten, denn auf dem bisherigen Niveau und ohne Start in ein koordiniertes, geplantes und vor allem priorisiertes Vorgehen könnte ein Beirat in der vorgesehenen Größenordnung weder Feedback geben, noch Empfehlungen aussprechen.“

Die Unterzeichnenden weisen darauf hin, dass in der haushaltslosen Zeit seit der Bürgerschaftswahl im Mai 2019 auch kein Fortschreiben der bisherigen Haushaltsmittel erfolgte, so dass seit dem Jahreswechsel die Koordinierungsstelle für die Schulaufklärungsarbeit, ein Projekt das vom Rat&Tat-Zentrum durchgeführt wird, nicht mehr besetzt ist. Auch der psychosoziale Trans*beratung des Vereins Trans*Recht | Solinetz Bremen und umzu droht im Sommer das Aus. Der Beratungsbedarf von trans* und nicht-binären Personen, insbesondere Jugendlichen und jungen Erwachsenen, ist zuletzt deutlich gestiegen.

Die LSBTIQ*-Fachleute beschreiben in ihrem offenen Brief die ersten Jahre des Landesaktionsplans so: „Seit der Verabschiedung des Landesaktionsplans 2015 waren queere Menschen in Bremen angesichts der angespannten Haushaltslage geduldig und genügsam, auch auf Kosten

ihrer Gesundheit, und haben die übersichtlichen Umsetzungen des Landesaktionsplans entsprechend eingeordnet.“

Nun haben die unterzeichnenden Beiratsmitglieder, Vereine und Gruppen Sorge, dass sie trotz ihrer kooperativen Mitwirkung in den Vorjahren bei den Entscheidungen der neuen Landesregierung weiterhin außen vor bleiben.

Im offenen Brief machen die Unterzeichnenden deutlich, dass die knappen Ressourcen der Bremischen Vereine nur dann sinnvoll in den Beirat investiert sind, wenn es wirklich auch um Umsetzungen weiterer Maßnahmen geht: „Sollten in der Haushaltsplanung 2020/21 weder Mittel für weitere Maßnahmen der Umsetzung, noch die senats-interne Koordinierungsstelle eingestellt werden, wäre der Sinn eines beratenden Beirats in Frage zu stellen.“

Reiner Neumann, langjähriges Vorstandsmitglied im Rat&Tat, sagt es so: „Das Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V. steht in einer guten Kooperation mit Behörde und Verwaltung. Dafür ist der Landesaktionsplan ein guter Beleg. Wir suchen gern weiterhin den Dialog, um zu klären, wie die formulierten queerpolitischen Ziele des Koalitionsvertrags und die Umsetzung des Landesaktionsplans fortgeführt werden. Wir teilen die Sorge, dass eine nachhaltige Umsetzung des Landesaktionsplans an mangelnden finanziellen Ressourcen scheitern könnte.“

Zeit für eine Lobbyarbeit, wie sie viele soziale und kulturelle Akteur_innen in Bremen seit dem Spätsommer machen, kann sich die queere Community nicht leisten: „Die queeren Vereine und Gruppen investieren nahezu all ihre Energie in die konkrete Arbeit. Diese Arbeit ist wichtig für lesbische, schwule, bi-, pan- oder asexuelle Menschen und lebensnotwendig für trans*, inter und nicht-binäre Personen. Erst recht, wenn mehrere Marginalisierungen zusammenkommen, wie für queere Geflüchtete, queere People of Color oder queere Menschen mit Behinderung. Jahre und Jahrzehnte lang hat die öffentliche Hand ihre soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung nicht wahrgenommen und die Arbeit dem Ehrenamt mehrerer Generationen überlassen. Das müssen wir in aller Deutlichkeit einmal festhalten. Erst nach der Jahrtausendwende haben sich viele Berührungspunkte und Stigmata endlich deutlich abgebaut“, sagt Freddy Wenner, verantwortlich für die Arbeitstreffen im Vorfeld des queerpolitischen Beirats.

Der offene Brief ist adressiert an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport und die fünf Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft.

Hintergrund: [Landesaktionsplan](#)

Der Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interfeindlichkeit wurde 2014 vom Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V. im Auftrag der Sozialsenatorin erarbeitet. Die darin beschriebenen exemplarischen Maßnahmen lassen sich vier Handlungsfeldern zuordnen:

1. Lebensphasen (Kinder, Jugend und Familie, Schule, Arbeitswelt, Alter und Pflege)
2. Vielfalt der Lebenshintergründe (Migration, Behinderung, Trans- und Intergeschlechtlichkeit)
3. Lebenswelten (Kultur, Sport und Tourismus)
4. Antidiskriminierung